

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Jugendhilfeausschusses am 03.02.2011**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Kleiner Saal
Marktplatz 2
06110 Halle (Saale)
Bitte Sitzungsort beachten!

Zeit: 16:00 Uhr bis 20:00 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Andreas Schachtschneider	bis 18.00 Uhr anwesend
Frau Heike Wießner	
Frau Ute Haupt	
Frau Hanna Haupt	
Herr Klaus Hopfgarten	
Frau Ilona Hackel	
Frau Carola Messerschmidt	
Frau Anja Pohl	
Frau Katja Raab	
Frau Sabine Wolff	
Frau Dr. Inés Brock	
Herr KR Ralf Berger	
Herr Torsten Bognitz	
Herr Leonhard Dölle	
Frau Beate Gellert	
Herr Uwe Kramer	
Frau Renate Leonhard	
Herr Philipp Pieloth	bis 17.30 Uhr anwesend
Frau Peggy Rarrasch	
Frau Helga Schubert	
Frau Katharina Brederlow	
Frau Susanne Wildner	
Herr Tobias Kogge	
Frau Petra Schneutzer	

Entschuldigt fehlen:

Herr René Trömel	entschuldigt
Herr Dr. Hendrik Kluge	entschuldigt
Frau Carmen Wiebach	
Herr Richter Bruno Glomski	entschuldigt
Frau Antje Klotsch	
Herr Max Privorozki	

- . Kinder- und Jugendsprechstunde
- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
- 2. Feststellung der Tagesordnung
- 3. Genehmigung der Niederschrift vom 13.01.2011
- 4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
- 5. Bericht des Deutschen Jugendinstitutes e.V. zum "DJI-Übergangspanel"
- 6. Beschlussvorlagen
- 6.1. Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung der Stadt Halle (Saale) für das Schuljahr 2011/12
Vorlage: V/2010/09214
Von TO abgesetzt
- 6.2. Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2011 sowie
Beteiligungsbericht über das Jahr 2009
Vorlage: V/2010/09413 1. Lesung!
- 7. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 7.1. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Beitritt der Stadt Halle (Saale) zur
"Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene"
Vorlage: V/2010/09362
- 8. schriftliche Anfragen von Stadträten
- 9. Mitteilungen
- 9.1. Darstellung der Jahresrechnung im Bereich KITA und HzE
- 10. Themenspeicher
- 11. Beantwortung von mündlichen Anfragen
- 12. Anregungen

zu **Kinder- und Jugendsprechstunde**

Da keine Kinder und Jugendlichen zur Sprechstunde erschienen sind, wurde gleich zur Sitzung übergegangen.

zu 1 **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Frau Hanna Haupt eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung einschließlich der noch nach versendeten Unterlagen als auch die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 **Feststellung der Tagesordnung**

Frau Hanna Haupt unterbreitete den Vorschlag, dass die heute auf der TO befindliche Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung zusammen mit der Bedarfs- und Entwicklungsplanung KITA (BEP 2011) behandelt werden sollte. Letztere steht auf der TO für März.

Herr Schachtschneider erwähnte, dass er vor hatte, dies als Antrag zu stellen und durch den Vorschlag der Vorsitzenden sich dieser nun erübrigt habe.

Zum Vorschlag auf Absetzung des TOP 6.1. von der TO bestand Einigkeit, es gab keinen Widerspruch hierzu.

Herr Dölle stellte den Antrag, den TOP 6.2. Haushalt heute als 1. Lesung zu behandeln. Da es keinen Widerspruch hierzu gab, wurde dem zugestimmt.

Er bat darum, dass den Mitgliedern bis zur nächsten Beratung die Haushaltssatzung und Haushaltskonsolidierung zur Verfügung gestellt werden. Herr Kogge ergänzte die Zusage um den Stellenplanvergleich. Diese Unterlagen wurden durch die Verwaltung zugesagt.

Die TO wurde – ohne TOP 6.1. – Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung 2011/12- und TOP 6.2. als 1. Lesung bestätigt.

zu 3 **Genehmigung der Niederschrift vom 13.01.2011**

Die Niederschrift wurde ohne Änderungen bestätigt.

zu 4 **Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse**

Frau Hanna Haupt gab die in der nichtöffentlichen Sitzung gefassten Beschlüsse zu den Prioritäten von Diensten und Einrichtungen in der Jugendhilfe bekannt:

1.

Der Jugendhilfeausschuss beschließt, die Stadtverwaltung zu beauftragen, für den Unterabschnitt 4750 – Förderung der Träger der freien Jugendhilfe – den Haushaltsansatz aus dem Jahr 2010 – 2.465.600 Euro – auch als Haushaltsansatz für das Jahr 2011 entsprechend des Beschlusses des Stadtrates vom 27.10.2010 zur Verfügung zu stellen.

2.

geänderter Beschluss zum Antrag des Unterausschusses Jugendhilfeplanung :

Der Beschlussvorschlag wird im Beschlusspunkt 1 wie folgt geändert:

1. Der Jugendhilfeausschuss beschließt, **dass aus dem Teilbereich 1 – „Jugendhilfeübergreifende Angebote“ die Förderung der Leistung des Soziokulturellen Zentrums Schöpfkelle im Rahmen der Fördermittelvergabe an den Bereich Soziales, Gesundheit und Gleichstellung inkl. der finanziellen Ausstattung übertragen wird.**

zu 5 Bericht des Deutschen Jugendinstitutes e.V. zum "DJI-Übergangspanel"

Frau Hanna Haupt begrüßte Frau Dr. Reißig, Frau Mahl und Herrn Tillmann vom Deutschen Jugendinstitut e.V., Außenstelle Halle zur Berichterstattung und gab das Wort an diese.

Frau Dr. Reißig sprach an, dass die Studie „Wege Hallenser Jugendlichen von der Schule in Berufsausbildung“, hier Ergebnisse der Hallenser Schulabsolventenstudie durch das Bundesministerium für Verkehr-, Bau- und Stadtentwicklung, zuständig für Aufbau Ost und der Bertelsmannstiftung gefördert wurde. Co finanziert wurde es durch die Kommune. Bei dieser Studie wurden dieselben Personen über einen längeren Zeitraum hinweg mehrfach befragt und die erhobenen Informationen jeweils ein und derselben Person zugeordnet. Sie erläuterte mit ihren Mitarbeitern anhand einer Präsentation die Studienergebnisse und die Ausgangssituation und die Ziele der Untersuchung. Abschließend wurden Fazite allgemein und der Ergebnisse gebracht.

Anfrage Frau Wolff, ob diese Studie weiter geführt wird. Wie wird die Entwicklung aufgrund der freien Plätze auf dem Arbeitsmarkt gesehen.

Frau Dr. Reißig antwortete, dass zwei Phasen denkbar wären. Entweder neu anfangen ab 2011/2012 oder diese Personengruppe weiter befragen. Dies hängt davon ab, ob weitere Mittel für eine Studie zur Verfügung stehen würden.

Frau Hackel sprach an, dass es interessante Aussagen waren. Die Zahlen von der Arbeitsagentur sind hier anders. Problem bei der Studie ist, dass hier ein Jahrgang angesehen wurde. Der klassische Hauptschüler ist 15 Jahre. Auch Hintergründe müssen gesehen werden, bspw. ist bei dieser Altersstufe das Jugendarbeitsschutzgesetz zu beachten. Welche Auflagen erhält eine Firma, die einen 15jährigen einstellt? Viele Jugendliche müssen 1 Jahr eine „Ehrenrunde“ drehen, weil dies altersbedingt nicht anders möglich ist. Der Landesdurchschnitt im LSA liegt bei 27,4% der Azubis, welche ihre Ausbildung nicht beenden.

Frau Dr. Reißig sprach an, dass dies eine Frage der Statistik ist, wie diese geführt wird. Diese Studie wurde 3 Jahre nach dem Schulabschluss gemacht, da hat sich einiges verändert.

Herr Tillmann ergänzte, dass es Jugendliche gibt, welche sich für einen längeren Schulweg entscheiden, weil sie sich über ihren Ausbildungsweg noch nicht sicher sind.

Frau Gellert bittet um diese Präsentation.

Die prozentualen Zahlen sind das Eine, die realen Zahlen wären besser gewesen. Mittlerweile entscheidet das Niveau eines Realschulabschlusses nicht mehr wie es vor Jahren noch war. In der heutigen Leistungsgesellschaft spielt das Niveau aber eine große Rolle.

Frau Mahl sprach an, dass erst festgestellt wurde, wie viel Jugendliche sich in Hauptschule und in Realschule befinden. Ca. 1200 Schüler waren in den Klassen, davon haben sich 931 tatsächlich an der Befragung beteiligt. Davon waren 76 Hauptschülerinnen und –schüler, 701 Realschülerinnen und –schüler und 154 Gesamtschülerinnen und –schüler.

Herr Tillmann ergänzte, dass es in anderen Städten schlechter gelaufen ist. Halle/Leipzig hat diese Quote.

Anfrage von Frau Ute Haupt, wie diese Studie jetzt genutzt wird, auch für den Landesmaßstab.

Frau Dr. Reißig antwortete, dass Ausgangspunkt war, zu schauen, wo es hakt. Das DJI wollte diese Studie durchführen, vorstellen und in die Diskussion gehen. Im Vergleich zu Leipzig, hatten diese es leichter, da sie in dem Übergangmanagement mit drin sind.

Herr Schachtschneider sprach an, dass der Hauptschüler oft älter als 15 Jahre ist. Da ist die Ausbildung noch nicht beendet, hier wäre die Weiterentwicklung interessant zu sehen. In der Studie werden die Förderschüler vermisst.

Frau Dr. Reißig antwortete, dass Förderschüler bei dieser Studie nicht mit dabei waren. Sie würde die Weiterverfolgung der Entwicklung begrüßen, allerdings ist dies eine Frage der Finanzierung. Leipzig will versuchen, über die UNI eine Studie mit Förderschülern anzuschließen.

Anfrage von Herrn Kramer, inwieweit die benannten 5% der Jugendlichen, welche ohne Ausbildung/Arbeit blieben, mit anderen Städten vergleichbar sind.

Frau Dr. Reißig antwortete, dass in Leipzig dies ähnlich im Umfang ist.

Herr Tillmann antwortete, dass die Besonderheit in Halle darin besteht, dass es ein großer Anteil an Realschülern war, welche unversorgt blieben. Da steht Halle schlechter da. Das hat auch immer etwas mit dem lokalen Ausbildungsmarkt zu tun.

Herr Dölle fragte an, ob die befragten 931 Schüler alle einen Schulabschluss erreicht haben und wie viel Prozent der Jugendlichen über keinen Schulabschluss verfügt.

Frau Mahl antwortete, dass 1/5tel der Hauptschüler den Realschulabschluss im Verlauf der Studie nachholen konnte. Unversorgte Jugendliche setzen sich auch aus Ausbildungsabbrechern zusammen.

Frau Dr. Reißig antwortete, dass ca. 5% keinen Schulabschluss haben. Bei der 1. Untersuchung waren diese noch in die Schule gegangen, leichte Veränderungen gibt es dazu.

Herr Dölle sprach an, dass dies auch heißt, dass die Jugendsozialarbeit gestärkt werden muss.

Frau Dr. Reißig antwortete, dass rechtzeitig in der Schule präventiv unterstützt werden muss. Hier muss zeitnah identifiziert werden, wer Probleme hat.

Frau Gellert sprach an, dass Förderschüler und vorzeitiger Abbruch hier nicht enthalten sind. Analysiert müsste werden, aus welchen Haushalten die Jugendlichen kommen. Sind die Eltern erwerbslos oder ist teilweise eine Verweigerungshaltung da.

Frau Hackel sprach an, dass es 10,2% der Schüler im LSA gibt, welche über keinen Abschluss verfügen. Öfters haben die Jugendlichen nicht die Fähigkeiten und Fertigkeiten, die erforderlich sind. Bei der letzten Arbeitsmesse waren so viel Arbeitgeber da wie noch nie. Es gibt den Rechtsanspruch auf den Hauptschulabschluss, diesen fordern viele Schüler nicht ein.

Frau Brederlow sprach an, dass das Jugendamt ein Teil derer ist, welche Schlüsse aus dieser Studie ziehen können. Eine Konzentration auf Schüler der Sekundarschulen war gegeben. Thematik/Situationen wurden geprüft, in den letzten Jahren hat sich da einiges getan. Die Förderschüler haben wir auch nicht so stark im Fokus. Eine Folgediskussion soll es dazu im JHA April (Bericht Schulsozialarbeit) geben.

Herr Kogge fragte an, ob wir den gleichen Untersuchungsgegenstand haben. Er machte die Situation aus den 90iger Jahren zu jetzt deutlich. Jetzt haben wir ca 10% Förderschüler im LSA. Evtl. wäre hier der Untersuchungsgegenstand besser. Die Zahl der Sekundarschüler ist in den letzten Jahren deutlich zurück gegangen.

Herr Tillmann sprach an, dass vergleichsweise dieselben Kennwerte in der Gruppe wie zu Beginn der Studie waren. Förderschüler und Schüler mit vorzeitigem Abbruch sind hier nicht enthalten. Ein Phänomen in Deutschland ist, dass in den Städten wo Förderschulen sind auch Förderschüler sind.

Frau Dr. Reißig sprach an, dass die Zahlen aus 2006/2007 stabil und repräsentativ sind.

Frau Hanna Haupt dankte für die Berichterstattung.

zu 6 **Beschlussvorlagen**

zu 6.1 **Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung der Stadt Halle (Saale) für das Schuljahr 2011/12 Vorlage: V/2010/09214**

Abstimmungsergebnis:

**Von Tagesordnung abgesetzt
(Erneut auf TO JHA 03.03.2011)**

Bezugsbeschlüsse:

- Schulentwicklungsplanung der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2009/10 bis 2013/14 (Beschluss Nr. V/2009/08287 vom 27.01.2010)
- Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung der Stadt Halle (Saale) für das Schuljahr 2010/11 (Beschluss Nr. V/2009/08549 vom 24.02.2010).

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt auf der Grundlage der Gemeindeordnung des Landes Sachsen Anhalt in der Fassung der Bekanntmachung vom 10.08.2009, § 44 Abs. 3, Ziff. 9 und 24 in Verbindung mit dem Schulgesetz des Landes Sachsen-Anhalt in der Fassung des 12. Änderungsgesetzes vom 14.07.2009, § 22 und der Verordnung zur Schulentwicklungsplanung vom 22.09.2008, § 4 Abs. 8 und § 7 Abs. 5 die **Schließung der Förderschule am Jägerplatz zum Schuljahr 2011/12.**

zu 6.2 Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2011 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2009

Vorlage: V/2010/09413 1. Lesung!

Herr Kogge stellte den Haushalt seines Dezernates im Vergleich zu den übrigen Dezernaten anhand einer Präsentation vor und erläuterte diesen.

Nachfrage durch Herrn Kramer zur genauen Bezeichnung der Dezernate I bis V.

Herr Kogge beantwortete diese :

Dezernat I	Finanzen und Personal
Dezernat II	Planen und Bauen
Dezernat III	Sicherheit, Gesundheit und Sport
Dezernat IV	Jugend, Schule, Soziales und kulturelle Bildung
Dezernat V	Wirtschaft und Arbeit

Herr Kogge erläuterte einzelne Haushaltsbereiche im Dezernat.

Beim Investitionsprogramm 2011 kommen ca 10% im Dezernat IV an, ca 80% sind für Servicekosten. Die Haushaltskonsolidierung im Dezernat IV macht 31% aus und liegt bei 39.211,3 T€. Bei den Gesamtausgaben 2011 im Dezernat IV entfallen ca 97% für Pflichtausgaben und liegen bei 265.260 T€. Hierunter fallen Personalkosten, ZGM, Sachkosten (KITA, HzE, KdU).

Herr Kogge erläuterte die Verteilung der PK 2011 im Dezernat IV. Er sprach die Verteilung der Mittel für Grundstücke und Bewirtschaftungskosten an und erläuterte die Zahlen zur Hortbetreuung und für Grundschulen. In dem Zusammenhang verwies er darauf, dass die Betreuung der Kinder eine Frage der Zukunft wird. In der Jugendhilfe sind drei Zahlenbereiche: KITA, HzE und der Rest.

Frau Brederlow wies darauf hin, dass die Jahresrechnung zu KITA und HzE unter Mitteilungen auf der TO steht, aber hier bei der Haushaltsdiskussion bereits auf der Folie erscheint. Sie sprach an, dass die Gesamtausgaben im Amt 51 bei 110.539.700 € liegen, davon entfallen 54,5% auf Zuschüsse KITA (EB und Freie Träger); 22% HzE, 9% PK u.a.

Die Gesamtsumme hat sich erhöht. Die Förderung freier Träger ist von der Summe her gleich geblieben.

Die Einnahmen für KITA-Mittel vom Land sind relativ stabil geblieben. Der Zuschuss der Stadt erhöht sich um 4 Mio €. Es wird aufgrund höherer Geburtenzahlen damit gerechnet, dass das Land mehr Mittel zur Verfügung stellt (ca 2 Mio €). Der Zuwendungsbescheid liegt noch nicht vor.

Der Zuschuss für HzE steigt und ist nahezu komplett aus städtischen Mitteln zu tragen. Es wurde an die Mitglieder eine Gesamtübersicht zum Verwaltungshaushalt verteilt. Sie sprach die Zahlungsströme im HzE-Bereich an. Am Beispiel Juni – August wird deutlich, dass hier nicht mehr gezahlt werden konnte, da dies gering ist. Dann wurde der überplanmäßige Antrag gestellt und ein Großteil der Zahlung konnte im November erfolgen.

Die Zuschüsse im Bereich KITA sind auf 60 MIO € gestiegen; HzE ist leicht hoch gegangen. Es befinden sich mehr Kinder im Betreuungsverhältnis = Steigerung im KIGA- und Hortbereich. Sie stellte als Vergleich Dessau und Magdeburg mit den Betreuungszahlen Halle gegenüber.

Frau Brederlow sprach an, dass Vorschläge zur Einhaltung des Haushaltsansatzes gemacht werden sollen:

1. Beschluss einer entsprechenden Gebührensatzung KITA
2. Festlegung der Eigenbeteiligung der Träger von 5% wie es das KiFöG ermöglicht
3. Effektivierung der Leistungen durch Prozessoptimierung z.B. Dienstplangestaltung

Frau Wolff sprach an, dass aus dieser Statistik nicht ersichtlich ist, warum die Zahlungen mal niedriger und mal höher ausfallen. Hier sollte ein Erklärungssatz dazu gesetzt werden, um dies zu verdeutlichen. Das sagte die Verwaltung zu.

Anfrage Frau Ute Haupt, dass Vorschläge zur Einsparung HH-Ansatz unterbreitet werden sollten. Dies sollte konkret in den Ausschüssen erfolgen.

Frau Brederlow antwortete, dass konkrete Vorschläge in der nächsten HH-Beratung kommen, da wird es nochmals Veränderungen geben.

Herr Kogge wies darauf hin, dass Halle um 0,6% überproportional in den Betreuungszahlen gestiegen ist, hier werden noch Zuzahlungen vom Land erwartet. Eine Bedarfsdeckung muss abgesichert sein.

Frau Brederlow sprach an, dass auch im HzE-Bereich 1 Mio € im HH-Ansatz gesenkt werden soll, das ist der Anteil, welcher mit Risiko behaftet ist.

Frau Wolff sprach an, dass das Klientel im HzE-Bereich da ist. Die Arbeit wird hier geleistet, also muss sie auch bezahlt werden. Dies gehört zur Pflichtleistung der Kommune. Das kann nicht Jahr für Jahr in HH-Konsolidierung gebracht werden.

Anfrage von Frau Wolff zur Umstrukturierung von ZGM, wie ist das hier nachvollziehbar. Wird zur nächsten Sitzung von ZGM und Personalamt jemand dabei sein?

Herr Kogge antwortete, dass wieder Kosten zusammen geführt werden sollen, die Dezentralisierung hat nichts gebracht.

Frau Wolff stellt den Antrag, dass zur nächsten Sitzung vom Personalamt Vertreter kommen sollen, um zu den Kosten hier Aussagen treffen zu können.

Frau Schubert sprach an, dass im HzE-Bereich mit objektiven Zahlen umgegangen werden sollte. Sie fragte nach, wer die Aussage in Zeitung getroffen habe, dass wegen geänderter gesetzlicher Regelungen hier Einsparungen möglich sind. Welche gesetzlichen Regelungen sind gemeint.

Frau Brederlow antwortete, dass das Jugendamt aufgefordert worden ist, einen Beitrag zur HH-Konsolidierung zu bringen und deswegen hat sie hier im HzE-Bereich darauf verwiesen, dass dieser Vorschlag mit Risiko behaftet ist.

Frau Dr. Brock und Frau Wolff sprachen an, dass im Stadtrat darum gebeten wurde, dass deutlich gemacht werden soll, wo Kürzungen erfolgt sind.

Frau Schöps brachte die Zahlen im KITA und HzE-Bereich anhand einer Präsentation. Im Bereich EB Kita incl. Tagespflege/Gastkinder sind dies 55.458.500 € und im Bereich der freien Träger 55.315.105 €. Im Bereich HzE belaufen sich die Gesamtleistungen für das komplette Jahr auf 24.775.700 €.

Frau Wolff bat darum, dass diese Präsentation der Niederschrift angehängt wird.

Frau Schöps erläuterte die Ausgaben für sonstige Bereiche, welche sich auf 862.000 € belaufen.

Frau Schneider sprach an, dass die Deckungskreise in den einzelnen Positionen untereinander deckungsgleich sind. Was nicht enthalten ist, sind PK, Mieten, Projektleistungen. Im Plan 2010 zum Plan 2011 gibt es einen geringen Aufwuchs von insgesamt 2.000 EUR.

Frau Wolff schlug vor, diese Präsentation aufgerufen zu lassen und sich das anzusehen, wenn hier UA für UA durchgegangen wird.

Da allgemeine Anfragen nicht mehr gestellt wurden, rief **Frau Hanna Haupt** zur Diskussion die einzelnen Unterabschnitte im Haushalt des Amtes 51 auf.

UA 4070

Anfrage Herr Dölle: Sachverständigenkosten

Frau Brederlow antwortete, dass dies für juristische Beratungen verwendet wird.

Anfrage Frau Wolff: Geschäftsausgaben sinken um 20%, ist das realistisch?

Frau Schneider antwortete, dass vom realistischen Bedarf der Verwaltung ausgegangen wurde. Ein evtl. Aufwuchs ist in anderem UA wiederzufinden.

Anfrage Frau Wolff: wie erklärt sich Senkung beim Fernmeldeentgelt

Frau Schneider antwortete, dass hier der realistische Bedarf geplant wurde.

Herr Kogge sprach an, dass es hier durch den Beigeordneten Herrn Neumann die bisherigen Mobilfunkverträge zu kündigen, welche seit vielen Jahren bestanden. Hier wurde tarifgerecht angepasst.

UA 4370

Anfrage Frau Ute Haupt: Aus- und Fortbildung hat sich erhöht.

Frau Brederlow antwortete, dass ein langfristiges Fortbildungsprogramm auch für die Sozialarbeiter erstellt wurde. Entsprechend der Entwicklung wird angepasst, bspw. Traumabewältigung. Es sollen bestimmte Verfahren im ASD eingeführt werden, welche auch mit Fortbildungen verbunden sind.

Anfrage Frau Gellert: Bewirtschaftungskosten ZGM

Frau Schneider antwortete, dass dies in neuer Gruppierung 5405 zu finden ist.

Herr Kogge wies darauf hin, dass der im Frauenschutzhaus genutzte Münzfernsprecher durch die Frauen dort auch selbst bezahlt wird. Fernsprechgebühren begründen sich auch durch die Beratungsgespräche, Gespräche mit den Männern usw.

UA 4510

Anfrage Frau Wolff: Fernmeldeentgelt?

Frau Schneider antwortete, dass hier eine andere Zuordnung erfolgte. Ab 2011 soll im Haushalt eine klare Abbildung der Telefonkosten nach Objekten erfolgen.

Die Verwaltung sagte zu, eine Übersicht zu den Telefonkosten zur Haushaltsdiskussion zur Verfügung zu stellen.

Anfrage Frau Raab zu den gestiegenen Zuschüssen an übrige Bereiche.

Frau Schneider antwortete, dass diese Zuschüsse in Höhe von 1/3 der Einnahmen nach § 7 UVG geplant werden. Es handelt sich bei dieser Position um den Verzicht des Landes auf die Abführung dieser Mittel.

Frau Wolff sprach an, dass die Erklärung nicht logisch ist zum Vergleich von 2010. Hier sind 82% gestiegen im Ausgabebereich.

Herr Kramer fragte zu den für Familienförderung angedachten Mitteln nach.

Frau Schneider antwortete, dass diese Mittel für Projekte nach dem Familienförderungsgesetz (FamFöG) eingesetzt werden sollen.

Herr Kramer fragte nach, dass d.h., es fließt auch Geld davon in die HH-Konsolidierung ein.

Herr Kogge wies auf die Auslegung von „sollen“ und nicht „müssen“ hin.

Anfrage Frau Ute Haupt zu den weniger angedachten Mitteln bei Sachausgaben eigener Veranstaltungen.

Frau Schneider antwortete, dass für Sachausgaben im Amt insgesamt nicht weniger Mittel eingeplant worden sind. Diese wurden anders auf die einzelnen UA verteilt.

Anfrage Herr Dölle, dass als Erklärung unten dazu u.a. steht, dass auch die Quartiersrundenarbeit damit unterstützt werden soll. Wie ist diese Unterstützung gedacht?

Frau Brederlow antwortete, dass es einzelne Quartiersrunden gibt, welche eigene Veranstaltungen wie Schülerkonferenzen macht.

UA 4520

Anfrage Frau Wolff: Was verbirgt sich hinter dem Projekt „Aktiv in der Region“

Frau Brederlow antwortete, dass es hierzu im April im JHA eine inhaltliche Vorstellung geben soll. Es handelt sich um ein Projekt in der Jugendsozialarbeit.

Anfrage Frau Wolff: Sachausgaben Kinderschutzgesetz

Frau Brederlow antwortete, dass dies erstmals 2010 zum Tragen kam, da das Gesetz hierzu verabschiedet worden ist. Es kann eine Zusammenstellung der Kosten hierzu erfolgen und vorgelegt werden.

Anfrage durch Herrn Kramer, wie die ständig sinkenden PK durch das Land gesehen werden, da es einen Aufgabenaufwuchs gibt.

Frau Brederlow antwortete, dass es hierzu erst morgen das Gespräch mit dem Personalamt gibt.

Herr Kogge sprach an, dass noch 200 Stellen abgebaut werden sollen. Die Stellenkürzungen führen irgendwann dazu, dass ein Großteil der Mitarbeiter krank und der Rest überlastet ist.

UA 4530

Hier ist nichts enthalten.

UA 4550

Anfrage durch Herrn Bognitz, ob die Ausgaben im HH-Ansatz ausreichend berücksichtigt worden sind.

Frau Brederlow antwortete, dass die Ausgabenplanung auf der Grundlage des Vorjahres erfolgt ist.

Anfrage Herr Dölle, was sich unter den Ausgabennummern verbirgt.

Frau Brederlow antwortete, dass dies Leistungen für Minderjährige sind.

Hierzu wird noch eine Erläuterung darunter gemacht.

Anfrage Frau Wolff, ob es sich um mehr Kinder oder um mehr Eltern handelt, welche Leistungen benötigen.

Frau Brederlow antwortete, dass es mehr Eltern sind, welche einen Antrag auf Ermäßigung der Elternbeiträge stellen. Bei den Erstattungen ist ein gleichmäßig hoher Bestand.

UA 4551

Keine Fragen

UA 4552

Frau Brederlow erläuterte, welche Dienste sich hinter dem Begriff BSD verbergen

(Amtsvormundschaften, Jugendgerichtshilfe) Der Pflegekinderdienst ist unter dem UA 4551 enthalten.

UA 4560

Keine Fragen

UA 4570

Keine Fragen

UA 4600

Hinweis Frau Brederlow, hier ist der Cliquentreff drin.

UA 4609

Anfrage Herr Dölle zu den angemieteten Räume in 2010 hierfür, dieses Jahr mietet Amt noch an ,aber keine PK mehr dabei.

Frau Brederlow antwortete, dass es hier noch Änderungen geben wird. SPI hat Vertrag mit Stadt.

UA 4613

Anfrage Herr Dölle wieso Abo für MZ für das KJSZ.

Frau Schneider antwortete, dass die Jugendlichen Anspruch auf Information durch eine Tageszeitung haben, diese leben Tag und Nacht dort. Ist wie ein Haushalt zu werten, welcher sich eine Tageszeitung leistet.

UA 4640

Anfrage Frau Raab: Erstattungen an Gemeinden sind gestiegen.

Die Verwaltung sagte hier eine Erläuterung zu.

Frau Schneider wies darauf hin, dass die Planung der Erstattungen an Gemeinden für 85 auswärts betreute Kinder erfolgte. Hier kommt zusätzlich die Elternbeitragsermäßigung hinzu. Für die auswärtigen Kinder, welche in Einrichtungen der Stadt Halle betreut werden, erfolgt im Gegenzug die Rechnungslegung in Höhe dieser Kosten gegenüber den entsprechenden Gemeinden.

UA 4750

Frau Hanna Haupt verwies hier auf den Beschluss des JHA vom 13.01.2011.

Anfrage Frau Rarrasch, was sich unter den Zahlen verbirgt.

Frau Brederlow antwortete, dass hier der Teil fehlt, welcher hierzu durch das Sozialamt geleistet wird. Hier kommt noch eine Erläuterung dazu.

UA 4811

Anfrage Frau Wolff zum Zuschussbedarf, da sich dieser mehr als verdoppelt hat. Durch das Jugendamt sollte doch größerer Druck auf die Väter erfolgen, damit diese ihren Zahlungen nachkommen. Dies könnte im JHA mal thematisiert werden.

Frau Brederlow antwortete, dass im Vergleich zu anderen Städten Halle in der Rückholquote schon sehr gut ist. Dies kann mit Vergleichszahlen vorgestellt werden.

Die Diskussion zum Verwaltungshaushalt war beendet.

Frau Hanna Haupt rief zur Diskussion des Vermögenshaushaltes Amt 51 auf.

UA 4070	Keine Fragen
UA 4370	Keine Fragen
UA 4520	keine Fragen
UA 4551	Keine Fragen
UA 4600	Keine Fragen
UA 4613	Keine Fragen

UA 4640

Anfrage Frau Gellert zu den im Jahr nochmals diskutierten Maßnahmen der Brand- und Rettungswege in KITA's. Wo sind diese im Haushalt enthalten? Wie viel ist dafür vorgesehen?

Herr Kogge sagte zu, diese Frage abklären zu lassen. Dies ist eine Frage der Zuordnung. In Richtung Stadträte empfahl er Frau Gellert, sich hierfür Unterstützung zu suchen.

Frau Dr. Brock als auch Frau Wolff gaben Frau Gellert die Empfehlung hierzu einen Antrag an den Jugendhilfeausschuss zu formulieren, über welchen abgestimmt werden soll.

Frau Schubert unterstrich die Wichtigkeit des Anliegens zu den Brand- und Rettungswegen in KITA's, welche elementar wichtig sind. Sie appellierte an alle Mitglieder, dieses Anliegen nicht aus den Augen zu verlieren.

Frau Ute Haupt regte an, dass der Prozess der Übergänge von Haushaltsstellen (bspw. Schöpfkelle) dargestellt werden sollte.

Frau Brederlow antwortete, dass hierzu auch ein Beschluss vorbereitet wird.

Frau Hanna Haupt beendete die Diskussion zum Vermögenshaushalt, da keine weiteren Fragen anstanden.

Herr Kogge forderte alle Mitglieder auf, dass bei bestehenden Fragen zum Haushalt diese zeitnah vorab der nächsten Sitzung an die Verwaltung gereicht werden sollen, damit am 03.03. vorbereitet darauf eingegangen werden kann.

Frau Wolff erinnerte daran, dass vom Personalamt Vertreter hinzu geladen werden sollen.

Abstimmungsergebnis:

Im JHA als **1. Lesung** angesetzt – **beraten**.
Erneut auf TO JHA 03.03.2011.

zu 7 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 7.1 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Beitritt der Stadt Halle (Saale) zur "Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene" Vorlage: V/2010/09362

Frau Hanna Haupt sprach an, dass dieser Antrag vom Stadtrat in alle Ausschüsse verwiesen worden war. Der Wirtschafts- und der Ordnungsausschuss haben sich als nicht zuständig erklärt, im Bildungsausschuss ist es vertagt worden. Teilweise wurde der Antrag zur Abklärung von Fragen an die Verwaltung zurück gegeben.

Frau Dr. Brock erläuterte den Antrag. Der Beitritt der Stadt wäre ein Bekenntnis zum Grundsatz der Gleichstellung von Frauen und Männern und die in der Charta niedergeschriebenen Verpflichtungen in der Stadt umzusetzen. Hierfür müsste ein Gleichstellungsaktionsplan erarbeitet werden. Es sind ca. 30 Kommunen, u.a. Magdeburg 2007, welche hierzu einen Beschluss gefasst haben. Als Beispiel wurde Heidelberg hervorgehoben, dieser Aktionsplan kann über die Fraktion zur Verfügung gestellt werden.

Frau Hanna Haupt schlug vor, dass zuerst Untersuchungsergebnisse bzgl. des Verhältnisses vom Anteil der Männer und Frauen in der Verwaltung und bei den freien Trägern der Jugendhilfe vorliegen sollten. Halle steht sicher mit der Frauenquote in Halle nicht schlecht da. Es wurden in einem Ausschuss auch Bedenken geäußert, dass die Stadt sich an zu vielen Aktionen beteiligt und hier geschaut werden sollte, was umsetzbar und leistbar ist.

Sie gab das Wort an die Gleichstellungsbeauftragte, Frau Wildner, welche Beratendes Mitglied im JHA ist.

Frau Wildner sprach an, dass die Charta allgemeingültig gehalten ist. Nähere Ziele, Grundsätze und das Herzstück ist, dass durch die Städte ein genauer Aktionsplan innerhalb von 2 Jahren nach der Beitrittserklärung vorgelegt werden muss. Magdeburg ist nicht Mitglied der Charta, da nach der Beitrittserklärung nicht innerhalb der 2-Jahres-Frist der Aktionsplan erstellt worden ist. Sie steht dem Anliegen gespalten gegenüber. Es hängt alles vom Aktionsplan ab, in welchem konkrete Maßnahmen enthalten sein müssen, die auch Kosten verursachen. Der Heidelberger Aktionsplan ist konkret strukturiert. Ein Finanzplan muss erstellt werden. Es muss alles handlungsorientiert und umsetzbar sein. Eine Statistik/Erhebung kann gemacht werden, um zu sehen, wie wir stehen. Sie weist aber darauf hin, dass hier konkrete Maßnahmen gefordert sind, die teilweise nicht umsetzbar sind. Prioritäten müssen gesehen werden. Es ist eine ernste Angelegenheit, welche Hand und Fuß haben sollte.

Frau Wolff unterstützte das von Frau Wildner Vorgetragene. Sie richtete die Bitte an die antragstellende Fraktion, diesen Antrag zurückzustellen und evtl. im SGGA die Punkte vorzustellen, damit nachvollziehbar ist, ob dies möglich und umsetzbar ist. Dann werden auch evtl. die Kosten hierzu klar. Im Stadtrat wird sie eine Liste abfordern, um zu sehen, wo die Stadt hier steht.

Frau Raab sprach an, dass sie die Charta gelesen hat und eine ähnliche Einstellung wie Frau Wildner hierzu hat. Im Bildungsausschuss hatte sie bereits angefragt wie die Umsetzung zu anderen Beitritten erfolgt, bspw. bzgl. der Menschenrechtscharta. Wieso sich der Wirtschaftsausschuss als unzuständig hier erklärt hat ist unverständlich, da sich hier die Stadt u.a. verpflichten müsste, alle Institutionen in der Kommune einzubeziehen. Es sollte die Realität und der tatsächliche Bedarf gesehen werden.

Frau Dr. Brock sprach an, dies heute als 1. Lesung anzusehen und den Antrag zurückzustellen. Sie würde die Anregung von Frau Wolff aufgreifen und dieses Thema im zuständigen Fachausschuss, dem SGGA, diskutieren. Erst wenn eine Meinungsbildung im SGGA erfolgte, kann dies hier wieder auf die TO gesetzt werden.

Abstimmungsergebnis:

Antrag zurück gestellt.

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt den Beitritt der Stadt Halle (Saale) zur „Europäischen Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene“. Die Oberbürgermeisterin wird gebeten, den Beitritt der Stadt Halle (Saale) durch die Unterzeichnung der Urkunde zur Charta beim Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) zu bekunden.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, innerhalb der nächsten zwei Jahre einen Gleichstellungs-Aktionsplan zu erstellen und dem Rat zur Beschlussfassung vorzulegen, sowie regelmäßig über den Entwicklungsstand im Sozial, Gesundheit- und Gleichstellungsausschuss zu berichten.

zu 8 schriftliche Anfragen von Stadträten

Es lagen keine vor.

zu 9 Mitteilungen

zu 9.1 Darstellung der Jahresrechnung im Bereich KITA und HzE

Frau Schöps sprach an, dass die Darstellung der Jahresrechnung heute bereits im Zusammenhang mit der Haushaltsdiskussion erfolgte.

Frau Hanna Haupt fragte an, ob es **weitere Mitteilungen** gibt.

Frau Hackel teilte mit, dass sie heute eine Infopostkarte ausgelegt hat, welche auf den „Tag der Berufe“, welcher am 16. März in der Agentur für Arbeit stattfindet, aufmerksam macht.

Frau Gellert teilte mit, dass sie sich nicht an der Umfrage zum Online-Fragebogen der Stadt beteiligen wird als Bürger. Sie findet es nicht positiv, dass die Bürger bei dem Aufruf zur Beteiligung an Vorschlägen zur HH-Konsolidierung bereits an 2. Stelle die Kinder- und Jugendförderung zum Ankreuzen vorfinden.

Herr Kogge nimmt diesen Hinweis mit auf.

Frau Brederlow teilte mit, dass heute ein Flyer zum ErzieherInnenfachtag ausgelegt worden ist. Dieser findet am 19.03.2011 im Freylinghausensaal in den Franckeschen Stiftungen statt und richtet sich an ErzieherInnen und Fachinteressierte.

Frau Brederlow teilte mit, dass es hinsichtlich der Ferienhortbetreuung von Förderschülern Probleme gibt. Das LSA hat die Förderschulen schriftlich aufgefordert, den Bedarf zur Betreuung während der Winterferien an die Jugendämter zu melden. Diese Meldung ging am 31.01. im örtlichen Jugendamt ein und es wurde Bedarf für 46 Förderschüler gemeldet. Hier gibt es einen Widerspruch zwischen KiFöG und Schulgesetz. Laut KiFöG haben Meldungen zu Beginn des Schuljahres zu erfolgen. Innerhalb 1 Woche kann hier nicht reagiert werden. Durch die Jugendämter wird es hierzu ein Gespräch mit dem Kultusministerium geben. Das Kultusministerium wollte jetzt die Schulen auffordern, dass eine Hortbetreuung in den Ferien durch die Schulen als Angebot aufgenommen

werden soll. Die Jugendämter haben sich klar positioniert. Die örtliche Zuständigkeit kommt auch noch hinzu, da sogar Kinder aus dem Saalekreis und Dessau gemeldet worden waren.

Herr Kogge teilte mit, dass die Stadt sich als „Stadt der jungen Forscher“ beworben hat. Die Unterlagen wurden den Mitgliedern zugestellt. Es wäre positiv, wenn das Thema „Forscher“ nicht nur von männlichen Besuchern aufgenommen wird.

zu 10 Themenspeicher

Frau Wolff fragte an, warum im Themenspeicher nochmals die Behandlung der Gebührensatzung KITA verschoben worden ist.

Herr Kogge antwortete, dass die Diskussion zur Haushaltsplanung abgewartet werden sollte, um alle Wünsche entsprechend berücksichtigen zu können.

Frau Brederlow ergänzte, dass kein Satzungsbeschluss vor Haushaltsbeschluss kommen sollte. Dies kann aber im Rahmen der Haushaltsdiskussion gleich mit thematisiert werden.

Frau Dr. Brock sprach an, dass im JHA die Studie aus Niedersachsen zu Gewalt im LSA Thema sein sollte.

Die Verwaltung sagte zu, dies für den Themenspeicher Juni mit aufzunehmen.

Herr Bognitz sprach an, dass sich die JBBZ thematisch mit ihren Aufgabenfeldern im JHA vorstellen sollten. Auch im Hinblick auf Aussagen in der von Frau Dr. Brock benannten Thematik.

Frau Hanna Haupt antwortete, dass im JHA die Aufgabenfelder der JBBZ bekannt sind.

Frau Gellert unterstützte das Anliegen von Herrn Bognitz und bat ebenfalls um Aufnahme dieser Thematik.

Die Verwaltung sagte die Aufnahme im Themenspeicher für Juni zu.

Juni ist der frühestmögliche Monat zur Behandlung, da vorher bereits ausreichend Themen anstehen.

zu 11 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Anfrage von Herrn Hopfgarten, ob für das Jahr 2011 für Spielplätze in der Stadt wieder eine vergleichbare Summe wie 2010 zur Verfügung gestellt wird. Der Kinder- und Jugendrat hatte eine Studie zu Spielplätzen gemacht und das Grünflächenamt hatte für das Jahr 2010 hier 120.000 € zur Verfügung. Wurde das zwischen den einzelnen Bereichen diskutiert und im Haushalt eingestellt.

Frau Brederlow antwortete, dass die Bereiche ihren Haushalt untereinander nicht abstimmen. Diese Frage muss im Rahmen der Haushaltsberatung eingebracht werden.

Anfrage durch Herrn Kramer zum Stand der Abschlagszahlungen.

Frau Brederlow antwortete, dass der Freigabeantrag gestellt worden ist und dem Finanzservice vorliegt. Die Schreiben an die freien Träger wurden vorbereitet und gehen raus, sobald die Genehmigung im Amt 51 vorliegt. Es erfolgt eine monatliche Abschlagszahlung in Höhe von 80%.

zu 12 **Anregungen**

Frau Pohl regte an, dass der KITA-Führer aktualisiert auf der Homepage der Stadt hinterlegt wird. Für Eltern ist es hilfreich, eine aktuelle Liste der Einrichtungen vorliegen zu haben.

Die Verwaltung prüft das.

Frau Rarrasch regte an, dass für Ehrenamtliche eine Schulung für Haushaltslesungen angeboten wird.

Frau Brederlow sagte hierzu eine Prüfung zu.

Frau Rarrasch regte an, dass bei Sitzungen wieder eine Pause eingeführt wird. Sie schlug vor, nach ca 2 h eine kurze Pause zu machen.

Frau Hanna Haupt sagte dies zu.

Frau Dr. Brock regte an, Berichterstattungen auf max 15 min zu begrenzen und dann die Möglichkeit für ca 15 min Fragestellungen noch zu nutzen. Heute die Berichterstattung einschl. Fragen war interessant aber hat über 1 h gedauert. Angesichts der TO zu lang.

Von mehreren Mitgliedern wurde angeregt, zu Sitzungen den Sitzungssaal besser zu heizen. Heute ist es sehr kalt.

Der öffentliche Teil war gegen 19.25 Uhr beendet.

Hanna Haupt

Ausschussvorsitzende

Uta Kaupke

Protokollführerin